

Niederschrift Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.02.2015

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 18:00 Uhr

Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang

Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesend waren

vom Ausschuss:

| Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke | Vertretung für: Frau Halise Adsan |
|--|---------------------------------------|
| Herr Thorsten Büchner - SPD | Vertretung für: Frau Bettina Böttcher |
| Frau Dagmar Daser - SPD | Vertretung für: Frau Martina Dirmeier |
| Herr Winfried Kissel - CDU | |
| Frau Dr. Anke Lindemann - B90/Die Grünen | Vertretung für: Frau Marion Messik |
| Herr Stephan Muth - CDU | |
| Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen | |
| Herr Ulrich Severin - SPD | |
| Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei | |

| Frau Halise Adsan - Marburger Linke | entschuldigt |
|-------------------------------------|--------------|
| Frau Bettina Böttcher - SPD | entschuldigt |
| Frau Martina Dirmeier - SPD | entschuldigt |
| Frau Marion Messik - B90/Die Grünen | entschuldigt |
| Frau Johanna Seelig - SPD | entschuldigt |
| Herr Michael Selinka - FDP | entschuldigt |
| Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM | entschuldigt |
| Herr Dr. Hermann Uchtmann - MBL | entschuldigt |
| Herr Dirk Vaupel - CDU | entschuldigt |

| vom Magistrat: | Bürgermeister Herr Dr. Kahle |
|----------------------|-------------------------------------|
| vom Ausländerbeirat: | Herr Randjbar |
| von der Verwaltung: | Frau Meier, Frau Wolkau |
| von der Presse: | Frau Tannert (Oberhessische Presse) |

Ausdruck über ALLRIS vom: 04.03.2015

| als Gäste: | Herr Modry, Herr Schalauske |
|------------|--------------------------------|
| alo Casto. | Tricit Modry, rich Condidation |

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

| TOP 1 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2015 | |
|-------|--|--|
| | Die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung wird in der vorliegenden Form genehmigt. | |
| TOP 2 | Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Einstufung dauerhaft erwerbsgeminderter Grundsicherungsbezieher, die volljährig in Haushaltsgemeinschaft leben von Regelbedarfsstufe 3 SGB XII in Regelbedarfsstufe 1, Information und Überprüfungsanspruch der Betroffenen Vorlage: VO/3773/2015 | |
| | Herr Schalauske erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion und Bürgermeister Herr Dr. Kahle spricht für den Magistrat. | |
| | Nach Diskussion der Vorlage schlägt die Vorsitzende eine Änderung vor, die von der Fraktion Marburger Linke als Buchstabe A übernommen wird. Der so geänderte Antrag erhält dadurch folgende neue Fassung: | |
| | A: Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung und dem Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass der Bundestag und die Bundesregierung umgehend entsprechend der Rechtsprechung der Bundessozialgerichts-Urteile vom 23.07.2014, B 8 SO 14/13 R, B 8 SO 31/12 R, B 8 SO 12/13 R eine Änderung der §§ 41 SGB XII ff vornehmen. Damit soll die als unzulässig erklärte Einstufung von volljährigen erwerbsunfähigen Grundsicherungsbeziehern, die in Haushaltsgemeinschaft mit Angehörigen leben, in die Regelbedarfsstufe 3 aufgehoben und der Bezug von Leistungen nach der Regelbedarfsstufe 1 ermöglicht werden. | |
| | B: 1. Das Sozialamt schreibt umgehend alle volljährigen dauerhaft erwerbsunfähigen Personen mit Behinderung (ggf. BetreuerInnen) an, die derzeit Grundsicherungsleistungen nach §§ 41 SGB XII ff mit Regelbedarfsstufe 3 beziehen und einen eigenen Haushalt in Haushaltsgemeinschaft führen, und fordert diese auf, zum nächsten Monat eine Neuberechnung ihrer Leistungen zu beantragen, unter Berücksichtigung der dazu ergangenen Rechtsprechung der Bundessozialgerichts-Urteile vom 23.07.2014, B 8 SO 14/13 R, B 8 SO 31/12 R, B 8 SO 12/13 R, die den Bezug der Regelbedarfsstufe 1 ermöglichen. 2. Dem Schreiben wird ein vorformulierter Antrag auf Neuberechnung der Einstufung in die Regelbedarfsstufe 1 beigefügt, das folgenden Wortlaut hat: | |
| | Absender An das Grundsicherungsamt Grundsicherungsleistungen für (Name, Adresse, Aktenzeichen) Sehr geehrte Damen und Herren, das Bundessozialgericht hat am 23.07.2014 in drei Verfahren entschieden, dass voll erwerbsgeminderte volljährige Grundsicherungsbezieher nach §§ 41 ff SGB XII, die sich an der gemeinsamen Haushaltsführung mit Angehörigen beteiligen, Anrecht auf Leistungen der Regelbedarfsstufe 1 an Stelle der niedrigeren Regelbedarfsstufe 3 haben. Dieser Sachverhalt trifft auf mich zu, ich beteilige mich in folgender Weise | |

Ausdruck vom: 04.03.2015

an der Haushaltsführung (....).

Ich beantrage daher, zum kommenden Monat mir

1. für die Zukunft Leistungen nach der Regelbedarfsstufe 1 zu gewähren, und 2. eine Nachzahlung nach § 44 SGB X i.V.m. § 116a SGB XII in Höhe des

Differenzbetrags von Regelbedarfsstufe 3 und 1 für den Zeitraum eines Jahres nach Antragstellung.

Mit freundlichen Grüßen

Leistungsberechtigter bzw. Betreuer/in.

Die Fraktion Marburger Linke beantragt eine getrennte Abstimmung zu den Buchstaben A und B.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Vorlage getrennt abstimmen:

Buchstabe A des geänderten Antrags wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Buchstabe B des geänderten Antrags wird mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimme der Fraktion Marburger Linke abgelehnt.

TOP 3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Krankenkassenkarte für Asylbewerber/innen und Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Geflüchtete

Vorlage: VO/3812/2015

Herr Schalauske führt für die Antrag stellende Fraktion zur Vorlage aus und Bürgermeister Herr Dr. Kahle spricht aus Sicht des Magistrats.

Frau Lindemann formuliert einen Änderungsvorschlag, der von der Antrag stellenden Fraktion als Ziffer 1 übernommen wird. Der geänderte Antrag erhält dadurch folgende neue Fassung:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass noch vor der Sommerpause eine hessenweite Gesundheitskarte nach SGB V zur Verfügung steht, durch die es der Stadtverwaltung möglich gemacht wird, Asylbewerber und Asylbewerberinnen bereits bei ihrer Ankunft mit der Karte auszustatten. Sie ermöglicht es diesen, sich bei Bedarf direkt zur Behandlung an eine/n Ärztin/Arzt wenden zu können.
- 2. Der Magistrat und die Stadtverwaltung werden gebeten, mit einer örtlichen Krankenkasse einen Vertrag gem. § 264 Abs. 1 SGB V zu verhandeln und abzuschließen, sodass Asylbewerber/innen zukünftig grundsätzlich eine Versichertenkarte erhalten und sich im Regelfall direkt zur Behandlung an eine/n Ärztin/Arzt wenden können. Ggf. sollen der Landkreis Marburg-Biedenkopf und weitere Städte und Gemeinden im Kreis in diese Maßnahme miteinbezogen werden. Notwendige Absprachen mit dem Land Hessen sollen getroffen werden.
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, Asylbewerber/innen und allen anderen Geflüchteten grundsätzlich eine Gesundheitsversorgung in demselben Umfang zu ermöglichen wie allen "regulär" Krankenversicherten. Gesundheit ist ein Menschenrecht.
- 4. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keine oder nur ein unzureichende Krankenversicherung haben, zu verbessern.

Die Fraktion Marburger Linke beantragt eine getrennte Abstimmung.

Ausdruck vom: 04.03.2015

Die Vorsitzende lässt über die jeweiligen Ziffern des so geänderten Antrags getrennt abstimmen:

Ziffer 1 des geänderten Antrags wird e i n s t i m m i g zur Annahme empfohlen.

Ziffer 2 des geänderten Antrags wird mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimme der Marburger Linke mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3 des geänderten Antrags wird e i n s t i m mi g zur Annahme empfohlen.

Ziffer 4 des geänderten Antrags wird e i n s t i m m i g zur Annahme empfohlen.

TOP 4 Verschiedenes

Herr Schmidt weist die Mitglieder des Ausschusses darauf hin, dass für Donnerstag, den 19. März 2015, zu einer zusätzlichen Sitzung gemeinsam mit dem Bau- und Planungsausschuss sowie dem Haupt- und Finanzausschuss eingeladen werden wird, da an diesem Termin INWIS die Wohnungsmarktanalyse vorstellt.

Marburg, 23. Feb. 2015

| Vorsitzende: | Protokoll: |
|--------------------|-----------------|
| Dr. Christa Perabo | Peter Schmidt |
| Stadtverordnete | Geschäftsstelle |

Ausdruck vom: 04.03.2015